

Was ist digitaler Kapitalismus? Vorschläge zu seiner ökonomischen Analyse und politischen Kritik

Reitz, Tilman

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Reitz, T. (2017). Was ist digitaler Kapitalismus? Vorschläge zu seiner ökonomischen Analyse und politischen Kritik. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-82137-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Tilman Reitz | Rezension | 27.07.2017

Was ist digitaler Kapitalismus?

Vorschläge zu seiner ökonomischen Analyse und politischen Kritik



Philipp Staab
Falsche Versprechen . Wachstum im digitalen Kapitalismus
Deutschland
Hamburg 2016: Hamburger Edition
136 S., EUR 12
ISBN 978-3-86854-305-6



Thomas Wagner
Das Netz in unsere Hand . Vom digitalen Kapitalismus zur Datendemokratie
Deutschland
Köln 2017: PapyRossa
166 S., EUR 13,90
ISBN 978-3-89438-635-1

Die Phänomene sind geläufig und stehen auf der Diskussionstagesordnung nur knapp unterhalb von Flüchtlingskrise und Rechtspopulismus: Immer mehr Daten umkreisen immer schneller den Globus, wir verbringen immer mehr Zeit im Internet, ein stetig wachsender Teil von uns verdient dort seinen Lebensunterhalt. Kalifornische Konzerne mit sagenhaftem Reichtum und Innovationspotenzial regulieren die Informationsflüsse, eignen

sich die Profite an, sehen sich auch für die Lösung bislang politischer Probleme zuständig und scheinen kurz davor, die bloß menschliche Intelligenz und Arbeitskraft überflüssig zu machen. In den Sozialwissenschaften sind diese Prozesse nicht unbemerkt geblieben, zumal Regierungen, Unternehmerverbände und Gewerkschaften in Forschungen investieren, die helfen könnten, einen Teil der Kalifornischen Profite abzuzweigen – etwa in eine deutsche 'Industrie 4.0'.¹ Selbst die theoretische Frage, wie die betreffenden Entwicklungen zu begreifen sind, wird nun vereinzelt (neu) gestellt. Aufschluss verspricht eine Diskussion, die sich um den Begriff des „digitalen Kapitalismus“ formiert. Zwei originelle Beiträge sollen hier vorgestellt werden. Sie sind unterschiedlich angelegt, wählen jedoch beide statt einer standortpolitischen Perspektive eine umfassende kritische Sicht: Für Philipp Staab ist der digitale Kapitalismus erfolgreich, weil er (trügerisch) die Wachstumsprobleme der neoliberalen Ära zu lösen verspricht. Für Thomas Wagner bauen Internet-Riesen wie Amazon, Google und Facebook zunehmend Datenkontroll-Monopole auf, mittels derer sie Netzaktivität ausbeuten, User überwachen und die staatlich verfasste Demokratie bedrohen.

Um zu begreifen, was digitalen Kapitalismus ausmacht, muss man zumindest rudimentär sagen, was zu ihm gehört und was neu an ihm ist. Die essayistisch gehaltenen Bücher von Staab und Wagner geben hier keine exakten Antworten (die vielleicht auch gar nicht möglich sind), helfen jedoch einen Zwischenüberblick zu gewinnen. Der digitale Kapitalismus umfasst, wie beide darlegen, nicht nur „eine Struktur weltweiter Arbeitsteilung in Echtzeit“ (Staab, 101), die Zunahme kognitiv-technischer Dienstleistungsarbeit² und die Automatisierung immer komplexerer Aufgaben.³ Er bedeutet auch eine „radikale Restrukturierung [...] in den Distributions- und Konsumtionsapparaten“ (Staab, 18f), von Märkten, Werbung, Kauf und Verbrauch (oder Nutzungsformen). „Der E-Commerce beispielsweise, also der Warenhandel im Internet, wie er von Amazon und tausenden anderen Unternehmen betrieben wird, soll einen immer effizienteren Konsum gewährleisten und damit auch noch die letzten Nachfragereservoirs ausschöpfen“ (Staab, 19). Die neuen Infrastrukturen oder ‚Plattformen‘, die sich hier ausbreiten, ermöglichen dann wieder veränderte Produktionsarrangements wie ‚Crowdsourcing‘, also das netzvermittelte Anheuern von Arbeit: „Das Internet macht es möglich, dass ein Webdesigner in Köln mit Wettbewerbern in Manhattan, aber auch in Nairobi oder Bangladesh konkurriert. Die Kapitaleseite kann aus einer großen Menge von Arbeitskraftanbietern auswählen, ohne im Gegenzug kostenintensive arbeitsrechtliche Verpflichtungen eingehen zu müssen. Für das stetig wachsende Heer der Soloselbstständigen im Internet heißt das, dass sie einem [...] durch keinerlei Regulierung gemilderten Konkurrenzkampf ausgesetzt sind.“ (Wagner, 62)

Im umstrukturierten Verkauf und Konsum fällt neben Effizienzgewinnen und Marktexpansion vor allem auf, dass diverse Geschäftsmodelle verstärkt mit Strategien des Schenkens und Teilens arbeiten.⁴ Das stimmt misstrauisch. Staab erwähnt solche Modelle in den Zusammenhängen, dass der „arbeitende Kunde“ etwa bei Buchungen „Personalkosten“ zu reduzieren hilft (Staab, 73) oder dass „disruptiv“ ältere Märkte (etwa für Taxis, Hotelzimmer oder Fototechnik) durch profitable Tauschforen (wie Uber, Airbnb oder Instagram) zerrüttet werden (Staab, 42–45; 78f.). Ein größeres, durchweg negatives Bild zeichnet Wagner: „Internetplattformen, die das Teilen von Musik ermöglichen, Lieferdienste anbieten, private Übernachtungsmöglichkeiten, Taxifahrten oder Kredite von Privatleuten an Privatleute vermitteln“, bedeuten momentan wesentlich „die Monopolherrschaft weniger Digitalkonzerne, die aus der Bereitschaft von Menschen, mit anderen zu teilen, ein lukratives Geschäftsmodell gemacht haben“ (Wagner, 67). Die Kosten tragen alle, die wirklich aktiv sind: „Die kostenlose Bereitstellung beliebiger künstlerischer Inhalte im Netz – beispielsweise auf der Videoplattform Youtube – ist für viele freischaffende Künstler eine Bedrohung ihrer Existenz.“ (Wagner, 69) Mehr noch: „Immer [...] wenn wir Gebrauch von den kostenlosen Diensten von Google und Facebook machen, werden wir als unbezahlte Arbeitskräfte ausgebeutet und mehren die immer größer werdende Macht der Konzerne.“ (Wagner, 31) Spätestens an diesem Punkt hängt allerdings vieles davon ab, wie man die Neuerungen theoretisch begreift – und die Bücher gehen hier sehr verschiedene Wege.

Für Staab sind Distribution und Konsum unter anderem deshalb entscheidend, weil er den digitalen Kapitalismus als Versuch versteht, Nachfrageprobleme der nachfordistischen Ära zu lösen. Im Hintergrund steht eine Interpretation der jüngeren Geschichte des Kapitalismus, die zuerst von der französischen Regulationsschule entwickelt wurde: Während ab den 1930er-Jahren und besonders in der Zeit nach 1945 eine „erfolgreiche Kombination von Massenproduktion und Massenkonsum [...], allgemein als Fordismus bezeichnet“ (Staab, 13), für Wachstum, Kaufkraft und Profite gesorgt hatte, hat sich die Dynamik in allen drei Bereichen bereits „ab Ende der 1960er Jahre“ (ebd.) sukzessive erschöpft. Die neoliberalen Lösungen, Profite auf Kosten der abhängig Beschäftigten zu steigern und Letztere zu schuldenfinanziertem Konsum anzutreiben, haben das Problem auf Dauer nur verschärft. Staab vermutet, dass in Reaktion darauf nun genau der Bereich rationalisiert wird, dessen Schwäche die Dauerkrise verursacht: „Das eigentliche Versprechen der Leitunternehmen des digitalen Kapitalismus ist [...] die Lösung des Nachfrageproblems durch die Rationalisierung und Intensivierung des Konsums.“ (Ebd.) Fasst man das Problem so, liegt allerdings auch schon nahe, woran der digitale Kapitalismus scheitern muss: Er kann einige Märkte erweitern oder neu schaffen, Kauf-

und Konsumprozesse effizienter gestalten – doch solange er nicht mehr Menschen zu guten Löhnen beschäftigt (sondern im Gegenteil bezahlte Arbeit massiv einspart), bringt er keine gesteigerte Kaufkraft hervor. „Beschäftigungsverluste“ und reduzierte Entlohnung „sind [...] nicht nur ein Problem für die Betroffenen oder nationale Sozialsysteme. Sie sind in aller Regel gleichbedeutend mit Verlusten von Kaufkraft und verschärfen folglich das Konsumtionsproblem des digitalen Kapitalismus.“ (Staab, 80)

Wagner hat, wie noch zu besprechen sein wird, eher politische Alternativen im Blick als eine gesamtwirtschaftliche Erklärung; er erläutert jedoch stellenweise genauer als Staab, wie die digitalen Konzerne wirtschaften. Annähernd konkurrenzlose Erträge erzielen sie, wo ihnen „Netzwerkeffekte“ (auch bei Staab kurz erwähnt; 51) zugutekommen: „Der Gebrauchswert einer Ware für den Käufer hängt in solchen Fällen davon ab, wie viele andere sie nutzen. Beispiele sind Telefone, E-Mail, Internet-Zugang, Suchmaschinen oder sogenannte soziale Netzwerke.“ (Wagner, 49) Den Anbietern spart die Verbreitung zugleich Herstellungskosten: „In der digitalen Welt mag die Anfangsinvestition hoch sein, die Vervielfältigung dagegen ist fast kostenfrei, und dank Internet ist auch der Vertrieb über den gesamten Globus die Frage eines Mausklicks.“ (Sahra Wagenknecht, zit. nach Wagner, 50) Das macht nicht nur hohe Investitionen in hochriskante Geschäftsideen verständlich, sondern auch die Neigung der Internet-Riesen, ihre Kundschaft mit kostenlosen Diensten an sich zu binden. Erst wenn sie wie Google, Facebook oder Amazon Monopolstellungen erreicht haben, werden sie maximal profitabel.⁵ Für Wagner diskreditiert dieser Mechanismus selbst real erweiterte Zugriffsmöglichkeiten und Kosteneinsparungen, die auch der Allgemeinheit zugutekommen: „Die heutige Praxis der Bibliotheken, möglichst alles zu digitalisieren, in die Cloud zu stellen und kostenlos in Umlauf zu bringen, bedeutet eine Überführung öffentlicher Güter in die Hand von IT-Konzernen, die ein Monopol anstreben und zugleich personenbezogene Daten vermarkten.“ (Wagner, 74) Womöglich verwirft er so Fortschritte, die auch antimonopolistisches Potenzial haben. Wenn wissenschaftliche Texte zugriffsfrei werden, Kulturgüter kostenlos im Netz zirkulieren und Privatleute einander routinemäßig Wohnraum zur Verfügung stellen, kann das *auch* die Monopol- oder Oligopolmacht von Großverlagen, Filmkonzernen, Immobilienfirmen oder Hotelketten brechen. Selbst die stärkere Auslastung von Autos, die ohnehin herumfahren, kann positive Effekte haben, etwa geringeren Ressourcenverbrauch.

Möglicherweise hat Wagner solche Chancen im Blick, wenn er ein öffentlich-rechtliches Internet fordert. Um dies klar einschätzen zu können, sollte jedoch zuerst seine ökonomische Analyse diskutiert und mit derjenigen Staabs abgeglichen werden. Ein auffälliger Punkt wurde schon genannt: Wagner geht mit Christian Fuchs und anderen⁶

davon aus, dass im Netz besonders die User ausgebeutet werden, sofern diese mit ihren Aktivitäten Daten hervorbringen, die dann von den Konzernen verwertet werden. Das verlangt zumindest nach Differenzierung. Wie eher beiläufig in einer Fußnote erwähnt wird (Wagner, 31), sind Nutzungsdaten bisher hauptsächlich für Werbung und Marketing wertvoll. Bei vorrangig werbefinanzierten Konzernen wie Google oder Facebook, die ihren Geschäftskunden unsere Aufmerksamkeit anbieten, ist der Punkt offensichtlich. Er gilt aber auch für E-Commerce-Firmen, die den Kaufakt direkt an die Werbung anschließen. Ob die hierbei genutzte ‚Arbeit‘ der Nutzenden wirklich Profite erzeugt oder lediglich dazu beiträgt, dass Profitteile an den ‚unproduktiven‘ Werbe- und Verkaufssektor abgezweigt werden, ist (wie die fragliche Fußnote mit Bezug auf Baran und Sweezy erwähnt⁷) in der Ausbeutungstheorie umstritten, seit es eine nennenswerte Werbeindustrie gibt. Klar ist, dass die Werbeerträge andere Ausbeutungsverhältnisse voraussetzen. Zahllose Arbeitskräfte müssen konventionell Textilien vernähen, Smartphones montieren, Lieferungen zustellen, Geschirr tragen und Hotelzimmer putzen, damit zahlreiche Firmen ausreichend Profit erwirtschaften, um sich die Werbeplätze leisten zu können, durch die sie Google, Facebook oder kleinere Plattformen finanzieren. Angesichts dieser Arbeit vorrangig die ‚Ausbeutung‘ der Konsumierenden am Ende der Wertschöpfungskette anzuklagen, schränkt den Blick deutlich (und wohlstands-weinerlich) ein. Ergänzend kann man sich mit Staab vergegenwärtigen, dass das Muster der Internetriesen ökonomisch nicht verallgemeinerbar ist – würden nicht überwiegend abhängig Beschäftigte entlohnt, wäre gar keine Kaufkraft für die im Netz beworbenen und verkauften Güter vorhanden.

Zustände, in denen unsere Datenspuren zu mehr als zu Werbezwecken genutzt und verwertet werden können, sind denkbar und im Entstehen begriffen: Der Personen- und Güterverkehr lässt sich effizienter steuern, die Gesundheitsversorgung optimieren (oder auch privatisieren), geschulte Arbeitskraft leichter aufspüren, eine „weltweite Vernetzung von Lagersystemen und Betriebssystemen“ einrichten (Wagner, 135), wenn Daten jeder relevanten Aktivität erfasst und zentralisiert verarbeitet werden. Wagner erörtert nicht, was das ökonomisch bedeuten würde, aber er fragt nachdrücklich, wie es sich auf Selbstbestimmungsrechte auswirkt. Wenn die „freiwillige Unterwerfung der Nutzer unter ein kommerziell betriebenes System der Totalüberwachung“ droht und die „Betreiber sogenannter sozialer Medien“ sogar „das ganz reale Beteiligungsbedürfnis der Menschen [...] für ihre Wertschöpfungsketten nutzen“, gilt es zu sehen, „wie denn die Grundlagen für mehr wirkliche Demokratie im Internet geschaffen werden können“ (Wagner, 149).⁸ Sein Ansatz ist einfach und radikal: „Statt von Datenkraken, die dem Profitprinzip verpflichtet sind, sollten Kommunikationsdienste von der öffentlichen Hand, Genossenschaften oder dem Gemeinwohl verpflichteten Unternehmen betrieben werden.“ (Wagner, 132) Zur

Ausführung werden eher diverse Ideen genannt (von Evgeny Morozov, einem US-amerikanischen Silicon-Valley-Kritiker, bis Sahra Wagenknecht) als genaue programmatische Linien gezeichnet. Dennoch äußert sich Wagner zu den alternativen Möglichkeiten digitaler Machtorganisation präziser als zu netzvermittelter Ausbeutung und Totalüberwachung. Man erhält eine Reihe guter Ideen: Werbefreie, stattdessen gebührenfinanzierte Suchdienste wären möglich (Wagner, 151–160); der öffentliche Personen-Nahverkehr könnte mit ähnlichen Informationen versorgt und mit Aufgaben betraut werden wie sie sich gegenwärtig Uber aneignet; die digitale Arbeitsvermittlung könnte (wenn man sie prinzipiell akzeptiert) von den Netzarbeitskräften verwaltet werden, die bereits heute die Arbeitgeber systematisch zu beurteilen beginnen (Wagner, 142–144); gemeinnützige Kulturplattformen könnten Nutzerdaten respektvoll handhaben (Wagner, 133f.) oder auch Autorinnen und Autoren nach Zugriffszahlen vergüten. Wie in all diesen Bereichen Datenmonopole und öffentlich-private Filzbildung zu vermeiden wären, sind weiterführende, aber produktiv bearbeitbare Fragen.

Wenn man hier weiterdenkt, zeigen sich auch spannende Bezugspunkte zu Staabs Buch: Der digitale Kapitalismus erscheint dann nicht bloß als unfertige ökonomische Formation, sondern als hegemoniales Projekt, dessen Gestaltung noch offen ist beziehungsweise von politischen Kämpfen und Richtungsentscheidungen abhängt. Eine solche Verbindung ist nicht notwendig. Sie wird jedoch plausibel, wenn man sich bei Staab fragt, *wem* der digitale Kapitalismus eigentlich neues Wachstum verspricht und *für wen* sich seine Versprechen als trügerisch erweisen. Einzelnen Konzernen kann es gleichgültig sein, ob sie durch Beschäftigung Massenkaukraft schaffen, ob sie für Wachstum sorgen und ein verallgemeinerbares Geschäftsmodell haben, solange sie selbst profitabel wirtschaften. Erst wenn Regierungen, Unternehmerverbände, Gewerkschaften und Think Tanks Wachstumsmodelle erarbeiten, sind Staabs Argumente einschlägig; dann stellen sich jedoch auch politische Fragen wie die nach Überwachung und Demokratie. Ein digitaler Kapitalismus, der in diesem Sinn hegemonial werden will, muss diverse Interessen verbinden, Vorteile, Problemlösungen und Handlungsmöglichkeiten bieten, die in der abgewirtschafteten neoliberalen Ordnung nicht zu erkennen oder unter die Räder gekommen sind. Er kann das mehr oder weniger transparent und fair, mit mehr oder weniger starker Führung großer Konzerne und technisch fortgeschrittener Regionen tun, und er wird auf Gegenkräfte wie den elitekritischen Populismus stoßen. Auch im linksliberalen und linken Lager müsste er sich zu anderen Projekten verhalten: zu grünem Wachstum oder industriellen Infrastrukturoffensiven⁹ sowie der Ausweitung öffentlich finanzierter Sorgearbeit.¹⁰

Für eine solche Debatte bieten die besprochenen Bücher nur erste Anregungen. Umgekehrt lassen sie fragen, ob man mit einem möglichst engen, bescheidenen Verständnis des „digitalen Kapitalismus“ nicht besser fährt. Die mit dem Begriff erfassten Neuerungen rationalisieren radikal Marketing, Verkauf, Logistik und globale Arbeitsteilung im sonstigen Kapitalismus, aber sie ändern vielleicht nicht grundlegend die Art und Weise, wie Arbeitskraft ausgebeutet und Profit erwirtschaftet wird. Sie verschaffen einigen Konzernen (und Staatsapparaten) eine nie dagewesene Fülle von Daten über die Aktivitäten und Interessen von Milliarden von Menschen, aber sie bedrohen die Demokratie momentan vielleicht weniger als Nationalismus und Militarisierung beziehungsweise Sicherheitspolitik. Wer vom digitalen Kapitalismus mehr erwartet, sollte das mit politisch-ökonomischen Alternativentwürfen verknüpfen. Ansonsten droht die Kritik nur negativ die Kalifornische Weltproblemlösungsideologie zu bestätigen.

Endnoten

1. Die Entstehung dieses Begriffs ist selbst ein lohnendes Forschungsthema. Vgl. zur Kritik seiner „standortnationalistischen“ Ausrichtung Florian Butollo/Thomas Engel, Industrie 4.0 – arbeits- und gesellschaftspolitische Perspektiven. Zwischen Dystopie und Euphorie, in: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung 103 (2015), S. 29-41; allgemein Sabine Pfeiffer, Warum reden wir eigentlich über Industrie 4.0? Auf dem Weg zum digitalen Despotismus, in: Mittelweg 36 24 (2015), 6, S. 14–36.
2. Das wurde bereits in den 1990er-Jahren gesehen; vgl. Robert Reich, *The Work of Nations. Preparing Ourselves for 21st Century Capitalism*, New York 1991, und Manuel Castells, *The Rise of the Network Society. The Information Age: Economy, Society and Culture*, Oxford u. a. 1997.
3. Vgl. für die Diskussion dazu Erik Brynjolfsson/Andrew McAfee, *The Second Machine Age. Work, Progress and Prosperity in a Time of Brilliant Technologies*, New York 2014, sowie Carl B. Frey/Michael A. Osborne, [The Future of Employment. How Susceptible Are Jobs to Computerisation?](#), Oxford 2013.
4. Vgl. dazu aus einer grundsätzlichen Perspektive Dave Elder-Vass, *Profit and Gift in the Digital Economy*, Cambridge 2016.
5. Vgl. Ulrich Dolata, Volatile Monopole. Konzentration, Konkurrenz und Innovationsstrategien der Internetkonzerne, in: *Berliner Journal für Soziologie* 24 (2015), 4, S. 505–529.
6. Fuchs selbst bezieht sich vor allem auf Dallas Smythe. Vgl. Christian Fuchs, Dallas Smythe and Digital Labor, in: *Routledge Companion to Labor and Media*, hg. v. Richard Maxwell, New York 2015, S. 51–62.
7. Vgl. Paul A. Baran/Paul Sweezy, *Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung*, übers. v. Hans-Werner Sass, Frankfurt am Main 1967 (Orig.: *Monopoly Capital. An Essay on the American Economic and Social Order*, New York u. a. 1966).
8. Diese Frage stellen auch andere; lesenswert ist etwa Felix Stalder, *Kultur der Digitalität*, Berlin 2016, der anders als Wagner stark auf nicht entlohnte Peer-Produktion und

nichtstaatliche digitale Gemeingüter setzt.

9. Vgl. dazu Mario Candeias, Szenarien grüner Transformation, in: Michael Brie (Hg.), Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster 2014, S. 303–329; Thomas Barth/Tilman Reitz, Strukturprobleme der Krisenbewältigung. Weshalb die Wachstumskritik vom Kapitalismus nicht schweigen sollte, in: AK Wachstumskritik, Wachstum. Krise und Kritik, Frankfurt am Main/New York 2016, S. 39–59.
10. Vgl. Gabriele Winker, Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft, Bielefeld 2015; Norbert Reuter, Der Ausbau von Dienstleistungen als Grundlage einer Postwachstumsgesellschaft, in: AK Wachstumskritik, Wachstum, S. 115–134.

Tilman Reitz

Professor Dr. Tilman Reitz lehrt Wissenssoziologie und Gesellschaftstheorie am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Arbeitsschwerpunkte sind Soziologie der Geistes- und Sozialwissenschaften, politische Philosophie und Ideologiekritik, Ästhetik und Kultursoziologie, Theorien der Wissensökonomie und vergleichende Hochschulforschung.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Sophia Aalders.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/was-ist-digitaler-kapitalismus.html>